

1 ANTRAG J 2

2

3 Unterbezirksparteitag der SPD vom 22.11.2014

4

5 Antragsteller: Jusos Barnim

6

7 **Antrag: Willkommen im Barnim – Gemeinsam ein gutes Konzept für die Erstaufnahme von**
8 **Geflüchteten erarbeiten**

9

10 Der Unterbezirksparteitag fordert die Kreistagsfraktion der SPD im Kreistag Barnim auf, sich
11 dafür einzusetzen,

12

13 1. dass schnellstens auf einer oder mehreren Fachkonferenzen erarbeitet wird, wo die
14 Geflüchteten im Landkreis Barnim ihre Erstaufnahme erfahren und wo die Konzeption zur
15 Unterbringung von Geflüchteten ggf. angepasst wird. Bei den Fachkonferenzen werden alle
16 Betroffenen und Experten wie Träger, Vertreter*innen der Kommunen,
17 Wohnungsbaugesellschaften, die Fachämter des Landkreises, die Sozialdezernetin, die
18 Beauftragte für Migration und Integration der Kreisverwaltung, Kreistagsabgeordnete, der
19 Flüchtlingsrat Brandenburg sowie die Willkommensinitiativen und natürlich Vertreterinnen
20 und Vertreter der Geflüchteten eingeladen.

21

22 2. Die Planungen zum Heim in Oderberg werden bis zur Beendigung der Konferenzen
23 ausgesetzt und zum Gegenstand der dortigen Beratungen gemacht. Das
24 Übergangswohnheim in Oderberg soll nur dann gebaut werden, wenn die Fachkonferenz
25 dies empfiehlt.

26

27 3. An der Schließung des Übergangswohnheims in Althüttendorf wird unbedingt
28 festgehalten.

29

30 4. Die Kreisverwaltung bindet sich an ein Abschlusspapier der Fachkonferenzen, welches
31 binnen 6 Monate vorliegen muss und berichtet regelmäßig über dessen Umsetzung.

32

33 5. Die Ernennung einer unabhängigen Ombudsperson für Zuwanderung, wohin sich
34 Barnimerinnen und Barnimer bei Problemen im Zusammenhang mit der Aufnahme
35 Schutzsuchender wenden können.

36

37

38 **Begründung**

39 Im Laufe des Jahres 2014 wurden im Land Brandenburg etwa 6000 Flüchtlinge
40 aufgenommen. Auch den Landkreis Barnim stellen die stark steigenden Flüchtlingszahlen
41 vor immense Herausforderungen. Es ist richtig und wichtig, dass diese Menschen ein
42 Zuflucht in unserem Landkreis finden.

43 Wir Sozialdemokraten sollten eine besondere Verantwortung für diese Menschen
44 empfinden, sind wir doch in unserer Geschichte selbst oft Geflüchtete vor Faschismus und
45 Stalinismus gewesen. Insofern begrüßen wir es, dass Geflüchtete nicht nur Ablehnung im
46 Landkreis erfahren sondern gelebte Willkommenskultur, die sich daran macht den
47 Menschen ein lebenswürdiges Zuhause zu bereiten und wertvolle Hilfe leistet, sich in unsere
48 Gesellschaft zu integrieren.

49 Im Laufe des Sommers kristallisierte sich er heraus, dass der Landkreis wieder ein neues
50 Übergangswohnheim (ÜWH) für 80 Flüchtlinge entstehen lässt, um die steigende Anzahl der
51 Geflüchteten aufnehmen zu können. Dieses ÜWH soll sich ausgerechnet in Oderberg
52 befinden, ein Standort der von Experten aber auch den Willkommensinitiativen im Landkreis
53 Barnim und nicht zuletzt von den Oderberger Stadtverordneten als ungeeignet abgelehnt

1 wird. Oderberg ist zu klein und zu abgelegen für die Unterbringung einer so großen Anzahl
2 von Geflüchteten, da die Verkehrsanbindung von Oderberg sehr zu wünschen übrig lässt
3 und es in dem Ort derzeit keine große aktive Willkommenskultur wie in größeren Städten
4 des Barnim gibt.

5 Schwerwiegender ist aber die schlechte Informationspolitik der Kreisverwaltung, die die
6 Unterbringung einer so großen Zahl von Geflüchteten als Geschäft der laufenden
7 Verwaltung erklärte und gewählte Kreistagsmitglieder, geschweige denn die Öffentlichkeit,
8 nur unzureichend über ihre Vorhaben im Vorfeld informiert hat. Angesichts der vielen
9 Probleme die die Öffnung eines solchen Heims entstehen können und angesichts der
10 Tatsache, dass die Asylpolitik des Landkreises stets Gegenstand von politischen Debatten
11 war ist die Entscheidung, dies ohne Beteiligung von Betroffenen und Gewählten im Kreis
12 und der Stadt, durchzusetzen nicht nachvollziehbar.

13
14 Anstatt die Herausforderungen allein und gegen alle Widerstände anzugehen sollte die
15 Kreisverwaltung eine umfassende Suche nach einem geeigneten Standort für die
16 Erstaufnahme in Zusammenarbeit mit allen Betroffenen unternehmen. Für uns sind nach
17 dem Vorbild von Bernau Fachkonferenzen, um die entsprechenden Personengruppen
18 zusammenzubringen die geeignete Form für die Suche nach einem geeigneten Standort.
19 Länger aktive Willkommensinitiativen und die Flüchtlinge selbst, sind kompetent und
20 verlässlich genug um sich hier gut einzubringen. Eine Beteiligung der betroffenen
21 Kommunen und deren Entscheidungsträger*innen erhöht zudem die Akzeptanz vor Ort.
22 Hinzu kommt eine Anpassung der Unterbringungskonzeption für eine steigende Anzahl von
23 Geflüchteten die u.U. ganz eigne Bedürfnisse haben, die bisher nicht im Konzept erfasst sind.
24 Weiterhin greifen wir die Forderung der Barnimer Willkommensinitiativen auf, eine
25 Obudperson einzuberufen, die ansprechbar für diese Fragen ist. Selbstverständlich ist
26 sicherzustellen, dass sie mit der nötigen Unabhängigkeit auch gegenüber dem Landkreis
27 agieren kann.

28
29 Die lange erkämpfte Schließung des sog. „Dschungelcamps“ in Althüttendorf steht für uns
30 auch bei steigenden Flüchtlingszahlen selbstverständlich nicht zur Debatte.